

Hëtztperioden a Bähëllefén am Klimaberäich:

lwwer isoléiert Moosnamen eraus, brauch Lëtzebuerg endlech eng kohärent, och sozial orientéiert Klimaschutz- a Klimaupassungspolitik

Die schwer erträgliche Hitzewelle führt dazu, dass in Europa – und so auch in Luxemburg – verstärkt über die Auswirkungen der Klimakatastrophe diskutiert wird.

Dabei ist es geradezu erschreckend, wie wenig vorbereitet unser Land auf diese Hitzewelle war. Dass nicht bereits seit langem auf den verschiedensten Ebenen seitens der öffentlichen Hand Maßnahmen zum Schutz vor diesen Hitzetagen ergriffen wurden, ist schwer nachvollziehbar.

Dass sogar Krankenhäuser, Schulen, Alters- und Pflegeheime ... dieser Situation recht hilflos ausgeliefert waren, ist nicht zu verantworten.

Spätestens nach den letzten warmen Sommern hätte doch die Klimaschutzpolitik konsequenter vorangetrieben sowie die Klimaadaptation – sprich die Anpassung an den Klimawandel mit u.a. einer sich abzeichnenden Wasserknappheit – systematisch umgesetzt werden müssen.

Es ist wie leider so häufig in Luxemburg: Es werden durchaus Initiativen im Bereich des Klimaschutzes ergriffen, doch sind sie weit davon entfernt, den Anforderungen einer wirklich effizienten Klimaschutzpolitik gerecht zu werden. Alleine die Tatsache, dass im Rahmen des Google-Projektes in Bissen geplant wird große Mengen an Abwärme in die Luft abzugeben, statt sie sinnvoll für Heizzwecke zu nutzen, sagt viel aus über den Stand der Politik in diesem Bereich in Luxemburg.

Was die Klimaadaptation betrifft, so wurde in den ersten Jahren dieser Legislaturperiode eine neue Fassung einer Klimaadaptationsstrategie mit einem Maßnahmenkatalog erstellt. Auch wenn diese neue Version sicherlich noch zusätzliche Instrumente zu der vorherigen beinhaltet: Die wesentlichen Maßnahmen sind seit Jahren bekannt ... und warten auf ihre Umsetzung. Kommt

hinzu: Auch diese zweite Version riskiert kein schlagkräftiges Instrument zu sein: nicht ausreichend geklärte Zuständigkeiten und fehlende Fristen für die Umsetzung der einzelnen Maßnahmen, nicht geklärte Finanzmittel u.a.m. : all diese Mängel zeugen davon, dass nicht mit der gebotenen Energie an der Umsetzung der zweiten Klimastrategie gearbeitet wird.

Wenn man denn der heutigen Situation etwas Positives abgewinnen wollte, dann wohl, dass erneut jedem mit aller Deutlichkeit ins Bewusstsein gerufen wird, wie unumgänglich konsequentes Handeln ist. Es darf gehofft werden, dass in der Politik und der Gesellschaft der Klimaschutz und die Klimaadaptation endlich der Stellenwert zugestanden wird, den sie brauchen, um auch uns Menschen zu schützen.

Noch können wir die Auswirkungen der Klimakatastrophe eindämmen! Dafür muss nun seitens der Politik und des Einzelnen alles getan werden.

1. Klimaschutz und Klimaanpassung müssen Hand in Hand gehen!

Verfolgt man jedoch die derzeitigen Diskussionen, so entsteht der Eindruck, als ob derzeit in erster Linie technische, z.T. punktuelle Anpassungen an die Klimaveränderung die Debatten zu sehr prägen.

Es ist sicher kurzfristig notwendig, dass alles getan wird, um die nicht mehr zu vermeidende Klimaerwärmung so weit wie möglich abzufedern. Insofern ist es auch legitim und wichtig, dass auch technische punktuelle Maßnahmen ergriffen werden, wie z.B. Klimaanlage dort einzubauen, wo sie unerlässlich sind.

Aber: absolut primäres Ziel muss es weiterhin sein, die Ursachen der Klimakatastrophe selbst noch weitaus konsequenter zu bekämpfen und bestmöglich einzudämmen.

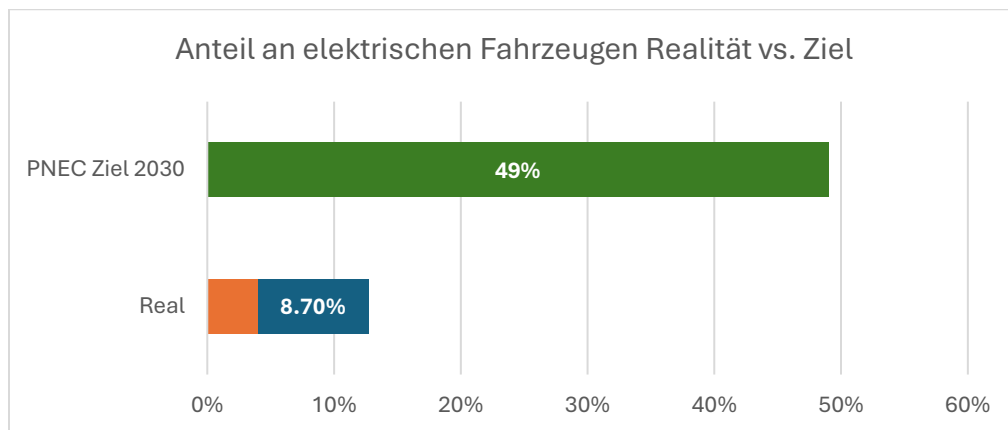
Auch in den Sorgen und Ängsten der Menschen hat sie nach wie vor einen sehr hohen Stellenwert. Sie kommt in einer rezenten ILRES-Umfrage zu den Hauptsorgen der Menschen in Luxemburg, die sogar vor den Hitzetagen durchgeführt wurde, an dritter Stelle (nach der Wohnungsnot und der geopolitischen Lage, was durchaus verständlich ist).

Klimaadaptation ohne Klimaschutz ist wie ein Pflaster auf eine klaffende tödliche Wunde. Die Ursachen für die Erwärmung müssen bekämpft werden, denn nur so kann eine weitere immer problematischer werdende Zunahme eingegrenzt werden. Mit steigenden Temperaturen und Extrem-Wetterereignissen wird Anpassung immer komplizierter und teurer und auch die Ökosysteme werden mehr und mehr belastet.

Und hier liegt Luxemburg weiterhin leider weit hinter den gesteckten Zielen.

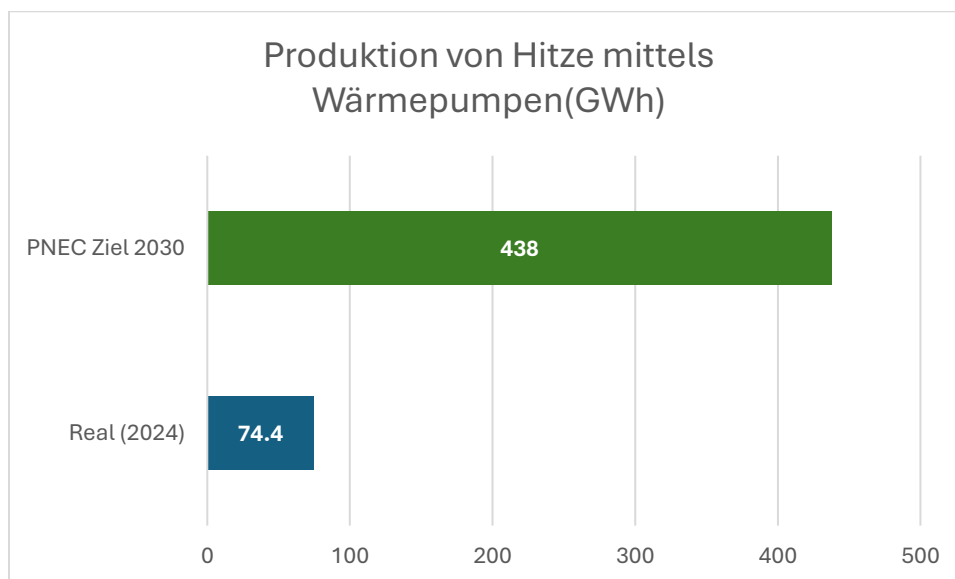
Vier Fakten sprechen Bände:

Fakt 1: Die Ausbauziele auf der Ebene der Elektromobilität für 2030, die im nationalen Klima- und Energieplan stehen, können nicht mehr erreicht werden :



Bildzeile: Laut den Zahlen der SNCA sind aktuell nur 12,7% der Luxemburger “ Fahrzeugflotte” elektrisch, davon 4% hybrid (orange) und der Rest (blau) vollelektrisch.

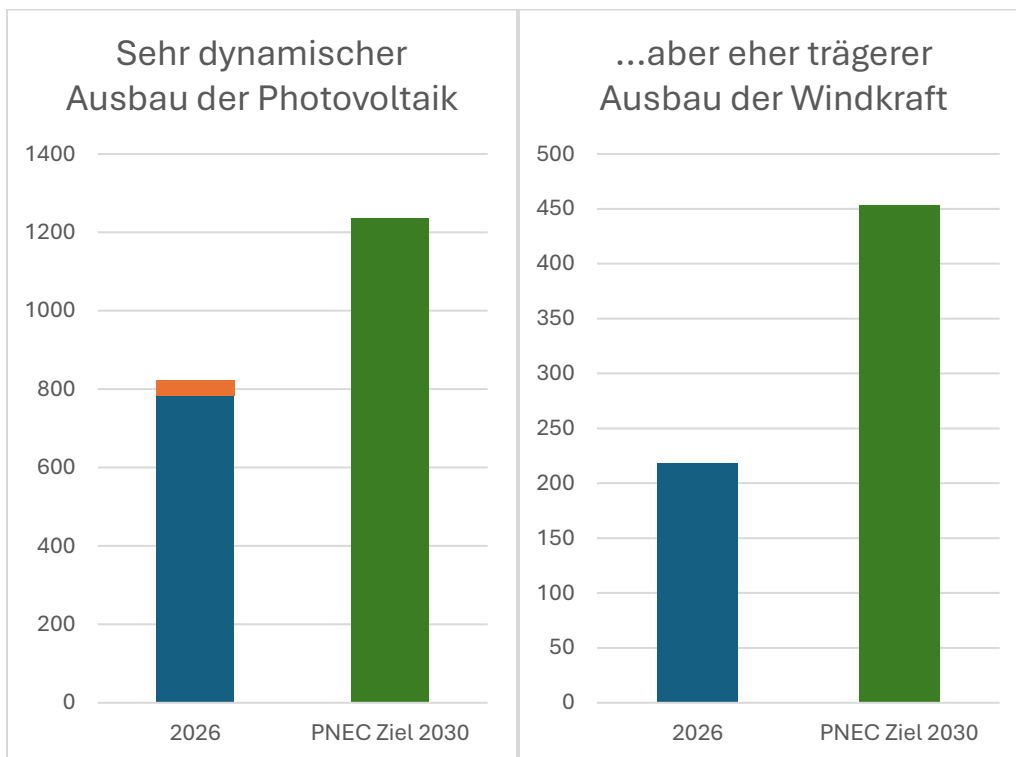
Fakt 2: Während andere Länder konkrete Szenarien für die energetische Transition der Wärmeversorgung haben (die 80% des Energieverbrauchs der Haushalte ausmacht) dümpeln in Luxemburg sowohl die Planung als auch der Umstieg auf Wärmepumpen vor sich hin.



Bildzeile: Die Produktion von Hitze aus Wärmepumpen läge nach den Rechnungen der STATEC bei unter 20% der Projektionen des PNEC für 2030.

Fakt 3: Die Renovierung geht nicht wirklich voran: Die aktuelle Sanierungsrate von Wohngebäuden in Luxemburg liegt jedoch mit lediglich 0,7 bis 1 % deutlich unter dem national angestrebten Ziel von 3 % pro Jahr.

Fakt 4: Die Ausbauziele für die Solarenergie scheinen noch erreichbar zu sein, jene der Energieproduktion durch Windanlagen aber kaum noch:



(Angaben in MW)

Bildzeile: Der Ausbau der Photovoltaik geht voran: 2026 kamen bis Juni 42 bereits MW zusätzliche Kapazität (orange)hinzu.

Auch dieses Jahr muss die Regierung wieder bis spätestens den 31. Juli **eine Zwischenbilanz der Emissionen** vorlegen. In den letzten Jahren wurden die nationalen Ziele besonders dank einem Rückgang des Tanktourismus aufgrund der CO₂-Steuer, sowie der Krise im Bausektor noch knapp erreicht. Der Tanktourismus hat aber bereits Anfang des Jahres wieder angezogen und die Tripartite-Entscheidungen – Subventionen von Diesel und Benzin und entsprechend besonders niedrigere Preise auch im Vergleich zu den Nachbarländern - dürften ihr Übriges dazu beisteuern, dass er nicht im erforderlichen Ausmaß abnehmen wird. Sinkende Emissionsquoten und unzureichenden Maßnahmen in strukturellen Bereichen wie dem Gebäudesektor, sowie der „kleineren“ Industrie könnten das Einhalten der Klimaziele zusätzlich gefährden. Auch dies zeigt, wie groß der Handlungsbedarf ist und wie wichtig es ist, wirksame Maßnahmen schnell auf den Weg zu bringen.

Es ist somit unabdingbar, dass Luxemburg die Klimakatastrophe noch weitaus konsequenter bekämpft.

Es ist die Verantwortung dieser Regierung, ihren Beitrag zu leisten, die Transition der Wirtschaft und Gesellschaft auf nationaler Ebene so zu gestalten, dass wir unseren Klimaverpflichtungen auch gerecht werden und noch gravierendere Konsequenzen, als wir sie bereits heute kennen, verhindert werden!

Wir brauchen keine Politik des „leicht machbaren,“ sondern des „Notwendigen“.

Denn es ist ein extremer Unterschied, ob die Temperaturen um 2 oder 4-5 Grad steigen werden. Wenn sich die Temperaturen ungebremsst weiter erhöhen werden, werden wir als Gesellschaft niemals „nachkommen“, alle erforderlichen technischen Maßnahmen zu treffen. Die Folgen werden etwas zu begrenzen sein, niemals aber im erforderlichen Ausmaß, dass ein gutes Leben für alle auf diesem Planeten noch möglich ist.

2. Punktuelle technische Maßnahmen ja – notwendig ist eine klimaresiliente Gestaltung unserer Siedlungen und Gebäude!

Derzeit wird in Zusammenhang mit dem Umgang mit der Hitze u.a. von „Kälteinseln in Schulen“, zusätzlichen Klimaanlage u.a.m. gesprochen. Demnach Instrumente, mit denen man mit Einzelmaßnahmen versucht, punktuell die Situation zu verbessern.

So wichtig derartige Initiativen sind, um die Hitze zumindest etwas erträglicher zu machen, so sehr ist gewusst, dass wir nur wirklich voran kommen, wenn wir Bauen, Wohnen und das Zusammenleben neu denken und grundsätzlich anders gestalten. Notwendig ist eine ganzheitliche Herangehensweise, welche alle relevanten Planungsaspekte zusammenführt.

Für eine auf die Lebensqualität der Menschen und die Biodiversität ausgerichtete Gestaltung von Städten und Ortschaften – eine zukunftsorientierte Urbanität.

Auch wenn es in allen Ortschaften z.T. Grünflächen gibt: noch wird der öffentliche Raum zu sehr durch versiegelte Flächen und eine autofreundliche Gestaltung geprägt!

Die Folge ist eine Überhitzung unserer Ortschaften, ein Rückgang der Biodiversität aber auch Probleme im Umgang mit dem Wasser („zu viel“ Wasser zu bestimmten Zeiten, sprich Starkregen und Überschwemmungen sowie extreme Trockenheit zu anderen). Straßen und Plätze sind vielfach weit davon entfernt soziale Begegnungsorte zu sein.

Diese Situation ist in den vergangenen Jahren verstärkt ins Bewusstsein der Menschen und auch der Politiker:innen gerückt. Die Zeit ist deshalb überreif, bei der Planung – sowohl im Bestand als auch bei neuen Vierteln – den Fokus wieder auf den Menschen zu orientieren.

Nur eine konsequente Umgestaltung unserer Ortschaften wird es erlauben, die dort lebenden Menschen vor Hitzewellen zu schützen, die Aufenthaltsqualität und das Zusammensein zu verbessern sowie den Erhalt der Biodiversität zu fördern. Dies ist ein Muss für die Zukunft – denn bei Hitze zählt jedes Grad weniger und der Rückhalt und die Versickerung von Wasser schützen vor Überschwemmungen, sind unerlässlich für die Erhaltung von Grünstrukturen in den Ortschaften.

Es geht dabei nicht primär um Parkanlagen, sondern vielmehr um alltäglich viel frequentierte Fußwege und Plätze, wo eine Beschattung einen großen Unterschied für die Bewohner:innen macht und die Lebensqualität sehr verbessern könnte.

Eine schnellere und systematischere Umgestaltung und Begrünung der Siedlungen muss vorangetrieben werden:

- Jede Gemeinde braucht ein **kohärentes Grünkonzept**, also eine **Strategie**, wie, wo und wann mehr Grün angelegt werden kann, um sich an den Klimawandel anzupassen, die Lebensqualität besonders in den Städten zu verbessern und dem Biodiversitätsverlust entgegenzuwirken: eine **integrierte Planung auf (inter-)kommunaler Ebene** - über prioritäre, jedoch räumlich begrenzte Maßnahmen bei Hitze-Inseln hinaus - erfordert ein zusammenhängendes Paket an Maßnahmen: eine weitgehende Entsiegelung, die Be- und Durchgrünung von öffentlichen Plätzen und Straßen, die Begrünung von Fassaden und Dachflächen auch im privaten Bereich u.a.m. Außerdem sollen Frisch- und Kaltluftentstehungsgebiete erhalten bleiben oder, wenn nicht ausreichend vorhanden, angelegt werden.
- Dem **Wassermanagement** auf lokaler Ebene kommt in diesem Zusammenhang eine verstärkte Bedeutung in der Zukunft zu: die Verbindung von „**blau-grüner**“ **Infrastruktur** auf Ebene eines Stadtviertels kann durch Verdunstungseffekte zu mikroklimatischen Verbesserungen führen und zudem in regenarmen Zeiten zur Bewässerung der Pflanzen / Bäume dienen (Prinzip der „Schwammstadt“); auch die Vermeidung von Überschwemmungen durch Starkregen gehört dazu.
- **Zudem sind kurzfristig schnelle und wirksame konkrete Maßnahmen** zu ergreifen, wie z.B. die Anlage und der Unterhalt gesunder standortgerechter Stadtbäume; das Erstellen von Vorgaben auch der Begrünung innerhalb von Aktivitätszonen; eine weitaus konsequentere Förderung und Beratung von Privathaushalten, die auf ihrem Eigentum aktiv werden wollen,
- Die **Umsetzung eines nationalen Bautenreglementes** seitens des Innenministeriums, welches die Energiewende sowie die Durchgrünung und das Regenwasser-Management fördert, ist dabei ein wesentlicher Bestandteil für die Zukunft,

- Die **Reform des Naturschutzgesetzes** darf deshalb nicht wie geplant durchgeführt werden, denn sie würde zu einem weiteren Verlust an Grünflächen in den Gemeinden führen.

Damit diese Grünflächen in (naher) Zukunft wirksam sein können, wenn Hitzewellen noch häufiger werden, müssen sie nun angelegt werden!

Ein ähnlich konsequentes Umdenken ist auf der Ebene der Bautenpolitik erforderlich:

Vorgaben zur Begrünung, Förderung auch von Maßnahmen wie jener der Fassaden- oder Dachbegrünung, Orientierung der Häuser, die der Aufwärmung entgegen wirkt; Außenbeschattung von Fenstern; bessere Dämmung und Möglichkeiten zur passiven Kühlung durch Wärmepumpen ... sind wesentliche Stichworte in dem Zusammenhang.

Alle diese (an sich schon länger bekannten) Maßnahmen müssen sich in einem gesetzlichen und reglementarischen Rahmen, zielorientierten Förderprogrammen, Richtlinien und Beratungsangeboten wiederfinden.

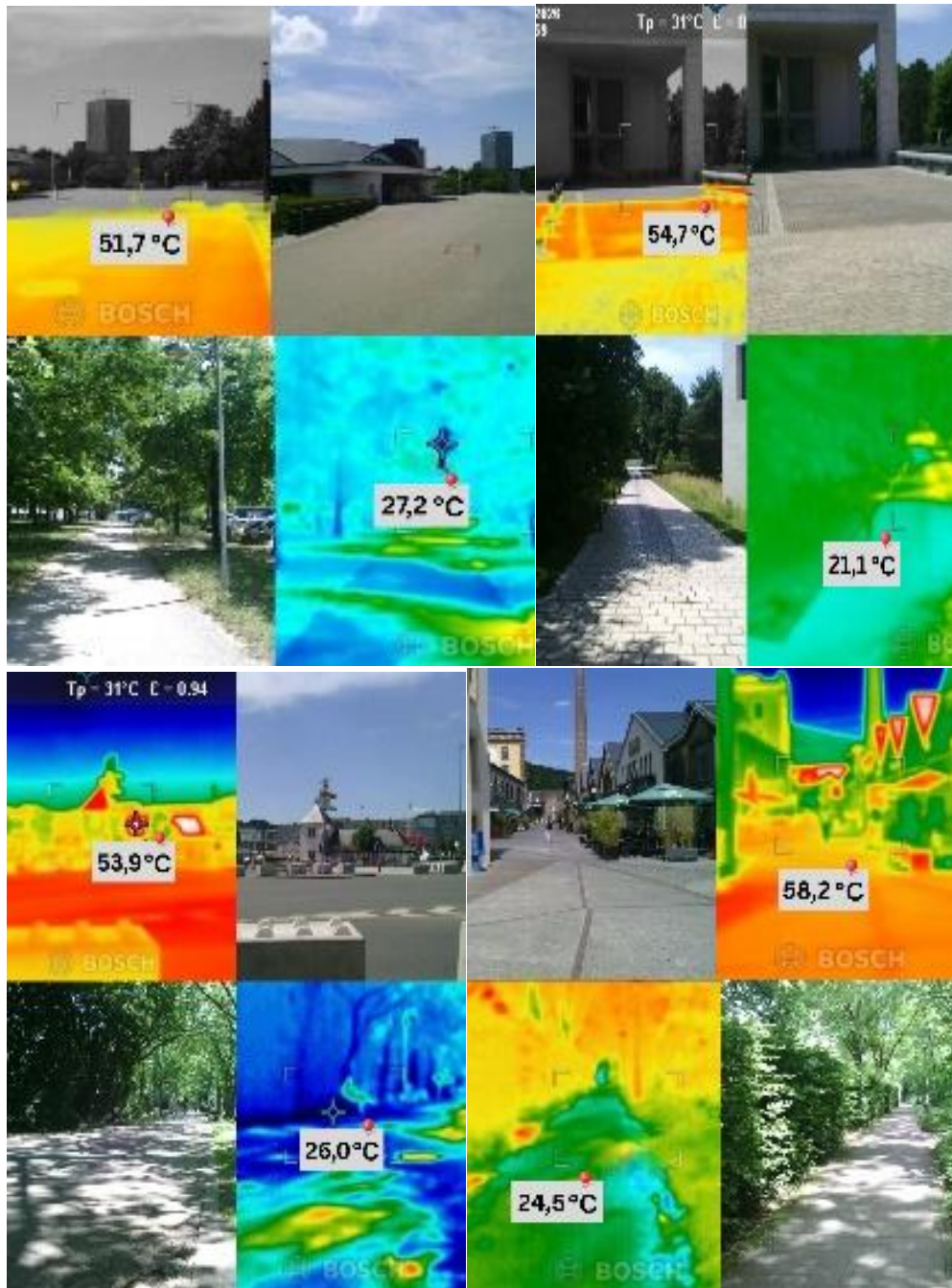
Die 3-30-300-Regel für grüne Städte

3 Bäume in Sichtweise von jedem Haus aus

30 Prozent Baumbestand in jeder Nachbarschaft

300 m bis zum nächsten Park oder größeren Grünfläche





Zu Beginn der Hitzewelle, hat der Mouvement Ecologique einigen Orten in Luxemburg Stadt mit der Wärmebildkamera einen Besuch abgestattet. Mit ihrer Hilfe kann man eindrücklich zeigen, wie sehr sich Beton und Asphalt aufheizen und wie hingegen schattige Begrünung diese Temperaturen drosseln kann.

Sehen Sie selbst, wie heiß es wird. Den Wärmebildern von diesen Plätzen wurden Wärmebilder von angrenzenden begrünten Bereichen entgegengestellt, um zu veranschaulichen, welche Bedeutung Bäume und andere Grünflächen zukommen.

3. Förderprogramme fachlich begründen und zielgerichteter gestalten – Fokus auf Menschen mit weniger finanziellen Ressourcen legen

Das Gesundheitsministerium empfahl den Menschen, die in besonders stark erhitzten Häusern lebten, sich während der Hitzeperiode in Supermärkten, Einkaufszentren, Kinos und Bibliotheken aufzuhalten ...

Dass es soweit kommen musste, ist eine Bankrotterklärung der bisherigen Klimaschutz- und -adaptationspolitik dieser Regierung und auch des Gesundheitsministeriums!

Wie sehr besonders Menschen mit weniger finanziellen Mitteln der Situation ausgeliefert sind, zeigen auch die Resultate der Studie zu den Lebensumständen in Luxemburg: 2023 gaben 37,4 % der Haushalte an, ihre Wohnung nicht kühlen zu können (2012 waren es lediglich 10,7%). Der EU-Durchschnitt liegt bei 26 %.

Fakt ist, gerade Menschen mit weniger finanziellen Ressourcen (Haushalte mit geringem Einkommen, Mietende, ältere Menschen oder Studenten, die von Banken als weniger „kreditwürdig“ angesehen werden) sind der Klima- und Biodiversitätskrise sowie deren Folgen besonders ausgeliefert.

- Der Anstieg der Energiepreise z.B. belastet sie überproportional stärker, als finanzstärkere Haushalte. (Luxemburg verfügt zwar über soziale Ausgleichsinstrumente, die Benachteiligung bleibt jedoch bestehen);
- Ihnen fehlt es an finanziellen Ressourcen, um Investitionen im Sinne der Energietransition durchzuführen, z.B. Wärmepumpen einzurichten, Häuser zu renovieren (sie wohnen wohl auch tendenziell überproportional in Mietwohnungen). Letzteres führt dazu, dass sie in Wohnungen leben, die sich u.a. rascher und stärker aufheizen (schlecht isolierte Häuser, Räume unter dem Dach usw.).
- Sie leben zudem vielfach in Wohnungen, die häufiger über keinen beschatteten Garten verfügen. Da es noch zu sehr an öffentlichen Grünflächen fehlt, ist, wie bei der Covid-Pandemie, davon auszugehen, dass sie in ihrem direkten Wohnumfeld auch weniger Zugang zu Grünflächen haben.

Eine konsequentere Klima- und Durchgrünungspolitik sind demnach auch eine wichtige Frage der sozialen Gerechtigkeit! In diesem Bereich besteht in Luxemburg erheblicher Nachholbedarf.

Die unter Punkt 1, 2 und 3 erwähnten Maßnahmen – Klimaschutzpolitik und eine Neuausrichtung der Planung unserer Städte und Dörfer – sind deshalb essenzielle Maßnahmen, auch aus Sicht einer kohärenten Sozialpolitik.

Doch auch Subventionen zur Förderung der Energietransition spielen eine zentrale komplementäre Rolle. Und hier gibt es durchaus Mankos in der aktuellen Vorgehensweise in Luxemburg!

Eine Analyse, die das Öko-Institut im Auftrag des Mouvement Ecologique – die mit der finanziellen Unterstützung des Umweltministeriums - durchgeführt hat, weist eindeutige Defizite sowie erhebliches Verbesserungspotenzial in der Gestaltung der Fördermittel aus sozialer Perspektive auf.

Aber auch was die generelle Zielorientierung, Fachlichkeit usw betrifft, besteht erhebliches Verbesserungspotenzial.

Die Bewertung der heutigen Instrumente und Anregungen seitens des Öko-Instituts Berlin

Aufgrund einer Analyse von 17 Förderinstrumenten im Klima- und Energiebereich in Luxemburg kommt das Öko-Institut zu folgender Schlussfolgerung (die detaillierte Analyse beinhaltet konkrete Aussagen zu den Förderinstrumenten - www.meco.lu):

„Die wesentlichen Weiterentwicklungspotenziale liegen weniger in der Entwicklung zusätzlicher Instrumente als vielmehr in einer stärkeren Zielorientierung, sozialen Differenzierung, Planbarkeit und strategischen Abstimmung der bestehenden Maßnahmen.“

Aus der Analyse des Öko-Instituts ergeben sich grundsätzliche Mängel in der Festlegung der Subventionen: Aus sozialer Sicht aber auch in der fachlichen Herangehensweise, wie folgende Zitate aufzeigen (Fettdruck Mouvement Ecologique):

- **Betreffend die zu verfolgenden Ziele / Zusammenspiel mit weiteren Instrumenten**
 - „Die Analyse deutet darauf hin, dass eine Herausforderung die **zielgerichtete Ausgestaltung der Instrumente und Abstimmung im Kontext mit anderen Instrumenten** ist. Für viele Instrumente sollte genauer hinterfragt werden, **welche konkreten Emissionsminderungen** erwartet werden, welchen **Beitrag die Instrumente zu den Zielen des Nationalen Klima- und Energieplans** leisten sollen und anhand welcher **Indikatoren** der Erfolg letztlich auch gemessen wird.“
- **Betreffend die Zielgruppe**
 - „Die Analyse zeigt **Unterschiede hinsichtlich der adressierten (vulnerablen) Zielgruppen**. Insbesondere im Gebäudebereich richten sich viele Instrumente an Eigentümer*innen und setzen damit **Investitionsfähigkeit** voraus. Dies ist insbesondere deshalb relevant, weil vulnerable Gruppen oftmals keine direkten Handlungs- oder Entscheidungsmöglichkeiten über energetische Investitionen besitzen. Dadurch entstehen **Zugangsbarrieren für einkommensschwache Haushalte, für Haushalte ohne ausreichende Eigenmittel oder eingeschränkte Kreditwürdigkeit sowie für Mietende.**“

- „Für die Zukunft sollte geprüft werden, wie **soziale Aspekte bereits bei der Konzeption neuer Instrumente stärker integriert** werden können, **anstatt Belastungen erst im Nachgang auszugleichen.**“
- **Betreffend die Förderhöhe und die soziale Staffelung**
 - „Des Weiteren sollte geprüft werden, ob die **festgelegten Förderhöhen ausreichen**, um die **notigen Sanierungsraten zu erreichen** oder welche Förderung notwendig wäre, um vulnerable Gruppen tatsächlich zu Investitionen zu befähigen. Es fehlen Instrumente, die hinsichtlich Förderung und Unterstützungsintensität **stärker sozial gestaffelt** sind und damit **unterschiedliche finanzielle Ausgangslagen** berücksichtigen. Insbesondere für einkommensschwächere oder weniger kreditwürdige Haushalte sind Maßnahmen erforderlich, die bestehende Zugangsbarrieren abbauen. Andernfalls besteht die Gefahr, dass die Vorteile der Transformation vor allem von Haushalten genutzt werden können, die bereits über ausreichende finanzielle Ressourcen verfügen.“
 - „Diskutiert werden muss auch die Frage, wie sich **unterschiedliche Förderniveaus auf die Zielerreichung** auswirken. Hier könnte eine stärkere Verknüpfung zwischen Klimazielen, sozialen Zielen und Förderhöhe sinnvoll sein.“
- **Betreffend die Voraussehbarkeit / Planbarkeit**
 - „Die meisten untersuchten Instrumente entfalten **langfristige Wirkungen**. Dies gilt insbesondere für Gebäudesanierungen, Heizungstausch, Installation von Photovoltaik oder Anpassung der Ladeinfrastruktur. Gleichzeitig zeigt die Analyse, dass **häufig unklar ist, wie lange Förderprogramme fortgeführt** werden, **ob und wie Förderhöhen angepasst werden und welche langfristige Strategie hinter den Instrumenten** steht. Für Haushalte und Unternehmen sind jedoch **verlässliche Rahmenbedingungen und Planungssicherheit** wichtig, um **Investitionsentscheidungen** zu treffen.“
 - Für Haushalte und Unternehmen sind **verlässliche Rahmenbedingungen** (klare Zeitpläne, stabile Förderhöhen) entscheidend, um **langfristige Investitionsentscheidungen ...** treffen zu können.
- **Betreffend sozio-ökonomische Auswirkungen**
 - „Ein besonderes Augenmerk sollte bei allen Maßnahmen neben den Umweltwirkungen auf der **Abschätzung sozio-ökonomischer Folgen** liegen.“
- **Betreffend die Notwendigkeit eines Mix an Instrumenten**
 - Eine wirksame Steuerung gelingt nur durch die strategische Abstimmung von Instrumenten. Preisinstrumente müssen zwingend in einen Mix aus gezielten Förderangeboten, sozialem

Ausgleich und Infrastrukturausbau eingebettet sein, um sowohl ökologische Wirksamkeit als auch soziale Gerechtigkeit zu garantieren.

Exkurs: Fehlende Fachlichkeit bei der Festlegung von Subventionshöhen

Es ist leider eine traurige Tatsache, dass die Festlegung der Höhe der Subventionen in Luxemburg doch recht wenig fachlich fundiert wird.

Die Entscheidung der Tripartite, einfach pro Wärmepumpe zusätzliche 2.000 Euro für alle Haushalte beizusteuern, zeugt davon. Es wurde nicht ansatzweise untersucht, ob diese zusätzliche pauschale Erhöhung der Subvention tatsächlich mehr Menschen anreizt eine Wärmepumpe zu kaufen, ob es nicht geeignetere Maßnahmen geben würde oder ob statt einer pauschalen Erhöhung nicht eine gezieltere Unterstützung für bestimmte Haushalte sinnvoll gewesen wäre (stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage, warum – falls diese Erhöhung zielführend ist - die Subventionen bei der Vorlage des Gesetzesprojektes „zu niedrig“ angesetzt waren).

Die Festlegung der Förderhöhe für Wärmepumpen für Mehrfamilienhäuser richtete sich zudem scheinbar vor allem nach der Höhe der bewilligten Förderungen der vergangenen Jahre. In diesem Zeitrahmen wurden allerdings, den Informationen des Mouvement Ecologique zufolge, lediglich 3 Mehrfamilienhäuser unterstützt! Daraus die Förderhöhe für die Zukunft abzuleiten, diese bei 5 Wohneinheiten zu deckeln – und nach Ansicht des Mouvement Ecologique weitaus zu niedrig anzusetzen – stellt keine fachlich begründete Grundlage dar und die Wirksamkeit dieser Methode muss hinterfragt werden.

Es scheint auch so zu sein, als ob vor allem in Mehrfamilienhäusern unter Umständen Hybride-Systeme noch einige Jahre dienlich sein könnten. Warum diese Subventionen integral gestrichen wurden, ist nicht nachvollziehbar und wurde nicht argumentiert.

Parallel bezuschusst der Staat nach wie vor fossile Isolationsmaterialien, sprich z.T. recyceltes Styropor. Dies kommt einerseits einer absoluten finanzpolitischen Fehlentscheidung gleich, ist aber auch aus ökologischer Sicht ein absoluter Fehler. Denn es gibt ausreichend wirklich förderungswerte Alternativen. Auch hier fehlt es an jedweder fachlichen Argumentation.

Das Gesetzesprojekt „Klimabonus Wunnen“ ist sicherlich in der Essenz begrüßenswert, beinhaltet aber zentrale Mängel aufgrund einer unzufriedenstellenden fachlichen Vorgehensweise.

In Bezug auf die spezifische Förderung von Wärmepumpen, unterbreitet das Öko-Institut zudem folgende zusätzliche Vorschläge:

- „Reduktion der Strompreise für Wärmepumpen, z.B. in dem die Mehrwertsteuer auf Null abgesenkt wird

- *Mehr Förderung für Sanierungen im sozialen Mietwohnungsbau für effiziente und erneuerbar beheizte Wohnungen (z.B. mit Sozialbindung od. Mietpreisbindung)*
- *Vorab- oder Abschlagszahlung sowie Ergänzungskredite für verbleibende Eigenanteile*
- *Verbesserte Ausgestaltung der Kreditwürdigkeit für bestimmte Zielgruppen, z.B. ältere Menschen*
- *Einrichtung eines Förderprogramm, das Eigentümer:innen verpflichtet, die Miete nach der Sanierung nicht über ein bestimmtes Niveau anzuheben.“*

und weiter (Auszüge)

- *Förderhöhen müssen stärker sozial gestaffelt sein, um einkommensschwächere Haushalte tatsächlich zu Investitionen zu befähigen.*
- *Ansätze zur direkten Vorfinanzierung von Fördermitteln, Bürgschaften oder zinsfreien Darlehen sollten konsequent ausgebaut werden, um einkommensschwache Eigentümer vor Energiearmut zu schützen.*
- *Da Mietende kaum Einfluss auf das Heizsystem haben, aber die steigenden CO2-Kosten tragen, sollten soziale Ausgleichsmechanismen wie die CO2-Steuerergutschrift und ein Energieprämie regelmäßig evaluiert und ggf. an die Preisentwicklung angepasst werden. Es ist zu prüfen, ob vulnerable Zielgruppen wie Studierende oder Auszubildenden ebenfalls Teilhabe ermöglicht wird.*

Zentrale Forderungen: Höhere Fachlichkeit und Soziale Folgeabschätzung einführen

- Höhere Fachlichkeit

Geboten ist, die zukünftigen Förderprogramme aufgrund weitaus stabilerer Daten und Ziele festzulegen.

Das Öko-Institut empfiehlt folgende Bewertungskategorien einer Fördermaßnahme:

- *Reduktion von Treibhausgasen*
- *Umfang der adressierten Zielgruppe*
 - *Ist die vulnerable Zielgruppe betroffen?*
 - *Wird Energiearmut vermieden?*
- *Wirkdauer*
- *Beschäftigungseffekte*
- *Investitionsanreiz*
- *Wird Technologietransfer / Innovation unterstützt*
- *Anreiz für Verhaltensänderung*
- *Administrativer Aufwand für die Zielgruppe und die Verwaltung.*

- Höhere Fachlichkeit, selektivere und gezieltere soziale Ausrichtung

Voraussetzung für bessere (soziale) Förderprogramme ist nach Ansicht des Öko-Instituts: „**die Etablierung einer strukturierten sozio-ökonomischen Folgenabschätzung, die sowohl ex ante –**

also vor der Einführung einer Maßnahme, als auch **ex post** - nach ihrer Umsetzung – oder begleitend, in Form eines Monitorings, durchgeführt wird.

Sie bieten nach Ansicht des Öko-Instituts folgende Vorteile:

- „... sollten bereits bei der Konzeption einer Maßnahme **klare und überprüfbare Ziele festgelegt sowie geeignete Indikatoren** definiert werden. (...) Im Rahmen der Umsetzung ist u.a. regelmäßig zu erfassen, ob die **vorgesehenen Zielgruppen** – insbesondere vulnerable Haushalte und Personen mit eingeschränkter Anpassungsfähigkeit – **tatsächlich erreicht** werden, wie hoch die **Inanspruchnahme** der Maßnahme ausfällt und inwieweit sich die **Lebens- und Einkommenssituation der Betroffenen entsprechend den angestrebten Zielen verändert**.“
- „**Folgenabschätzungen** sind notwendig, um die **Wirksamkeit von Energie- und klimapolitischen Maßnahmen zu hinterfragen**. Es wird empfohlen, für die Maßnahmen - neben klare Ziele - auch frühzeitig zu prüfen, welchen **potenziellen Auswirkungen** zu erwarten sind. Dies gilt insbesondere für mögliche soziale Folgen. Sofern erforderlich, sind flankierende Maßnahmen zu identifizieren und zu prüfen, ob mögliche negative soziale Folgen verhindert oder abgemildert werden können. Darüber hinaus sollte dargestellt werden, wie die **erwarteten Ergebnisse systematisch überwacht, gemessen und im Rahmen einer Evaluation bewertet** werden.“
- „Die Vorteile einer frühzeitigen und systematisch angelegten sozialen Bewertung von Maßnahmen bestehen darin, **potenzielle soziale und insbesondere verteilungsbezogene Effekte bereits im Vorfeld sichtbar zu machen**. Auf dieser Grundlage kann die Maßnahme so weiterentwickelt werden, dass Belastungen reduziert oder im besten Falle vermieden werden.“
- „Zur kontinuierlichen Überprüfung des Fortschritts bei der Erreichung der Klimaziele und der Wirksamkeit der eingesetzten Maßnahmen wird empfohlen, **mindestens alle zwei Jahre eine systematische Folgenabschätzung** durchzuführen. Diese sollte sowohl den Umsetzungsstand der Maßnahmen als auch deren soziale, wie auch ökologische und wirtschaftliche Wirkungen erfassen und mit den ursprünglich definierten Zielen abgleichen.“

Zudem braucht es größtmögliche Transparenz um auch Planungssicherheit zu schaffen, für Privathaushalte aber auch die ökonomischen Akteure (z.B. wie lange „läuft“ ein Hilfsprogramm, wann wird es angepasst,...).

Um die Transformation wirksam zu beschleunigen, ist zudem **ein Instrumentenbündel aus ordnungsrechtlichen, marktbasierten, förderpolitischen sowie informatorischen Maßnahmen statt Einzelmaßnahmen**

4. Schlussfolgerungen

Wie sagte Staatsminister Luc Frieden in seiner Rede zur Lage der Nation:

„* Wëlle mir d’Sonn am Summer genéissen, oder als Hëtztwell erdroen?

*** Wëlle mir e gereegelten Alldag, oder extrem Wiederer?**

*** Wëlle mir frësch Loft, proppert Waasser, gesond Bëscher?“**

Seine Antwort war:

„Fir d’Regierung sinn d’Äntwerte kloer: mir wëllen d’Ëmwelt schützen an de Klimawandel ugoen.“

Wer diesen Wunsch hegt, der muss endlich eine reelle Klimaschutz-, Energie-, Klimaadaptations- und Biodiversitätspolitik betreiben. Davon sind wir derzeit noch weit entfernt. Es gilt das „Ruder“ herum zu reißen und endlich „Neel mat Käpp“ ze maachen.

Aus dem „net nerven“ an „pragmateschen“ hin zu einer strukturierten, fachlich wissenschaftlich fundierten, wirkungsvollen, zielgerichteten, sozialen Politik, für die auch die erforderlichen Finanzmittel zur Verfügung stehen.

Die detaillierte Analyse des Öko-Instituts mit konkreten Vorschlägen finde Sie auf www.meco.lu

